

Dienstag (Vormittag), 12. Juni 2018

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

85 2016.GEF.2317 Bericht RR

Radikale Reduzierung professionell verordneter und verabreichter Gewalt. Bericht des Regierungsrates zur Motion 162-2015, Seiler (Trubschachen, Grüne)

Fortsetzung

Präsident. *(Der Präsident läutet die Glocke.)* Ich hoffe, dass Sie fit für diesen langen Tag sind. Wir fahren weiter mit den Geschäften der GEF. Ich begrüsse Herrn Regierungsrat Schnegg. Wir behandeln das Traktandum Nummer 85 mit dem Titel «Radikale Reduzierung professionell verordneter und verabreichter Gewalt. Bericht des Regierungsrates zur Motion [...] Seiler (Trubschachen, Grüne)». Wir sind bei den Fraktionssprechern angelangt. Ich gebe für die FDP-Fraktion Grossrat Kohler das Wort.

Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP). Der Einsatz von Psychopharmaka bei Kindern ist zweifellos seit Jahren ein wichtiges, emotionales und durchaus auch sehr komplexes Thema mit entsprechender Berichterstattung in der Presse und am Fernsehen. Das Medikament Ritalin wurde dadurch auch in der Öffentlichkeit bekannt. Sonst würde man diese Substanz ja nicht kennen. Dies gilt auch für den Begriff «Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS)». Der Einsatz dieser Substanz soll genau abgewogen und sie soll nur durch wirklich gut ausgebildete Fachärzte verschrieben werden. Dies soll nur dann geschehen, wenn es unbedingt nötig ist. Hier beginnt die Schwierigkeit in der Medizin: Bei allen Erkrankungen ist die genaue Diagnosestellung sicher das Wichtigste, aber nicht immer das Einfachste. Bei psychischen Auffälligkeiten ist diese noch schwieriger. Die Diagnose und Therapie einer Lungenentzündung zum Beispiel ist einfacher als die Einordnung einer psychischen Auffälligkeit und die Verordnung der richtigen Therapie.

Ich persönlich stand dem Ritalin immer etwas kritisch gegenüber und denke auch, dass die Einsatzrate wohl zu hoch ist. Doch vielen Kindern wird es durch dieses Medikament erst ermöglicht, zur Schule zu gehen. Dies ist wohl der zentrale Punkt: Ohne dieses Medikament wären einige Kinder nicht in der Schule. Dies ist das Positive. Der Bericht, über den wir heute sprechen, bietet eine gute Übersicht über den Umgang mit dieser Thematik im Kanton sowie in anderen Kantonen, aber auch auf Bundesebene. Wir haben durch diesen Bericht eine gute Übersicht erhalten. Die FDP-Fraktion ist mit dem Bericht zufrieden und empfiehlt die Kenntnisnahme. Es sind weniger die Politiker gefragt als vielmehr die Gesundheitsfachpersonen, die Ärzte, die diese Substanz verschreiben und dies hoffentlich nur dann tun, wenn es absolut nötig ist. Die Planungserklärung lehnen wir ab. Sie ist nicht nötig und gehörte eigentlich eher in die ERZ als im Zusammenhang mit diesem Bericht in die GEF. Es wird an den Schulen bereits sehr viel getan. Wir sehen keinen Nachholbedarf.

Präsident. An alle Ratsmitglieder, die in diesem Saal sind: Wir hätten eigentlich mit der Sitzung begonnen. Ihre Gespräche können Sie in der Wandelhalle führen. Wir kommen zur Fraktionssprecherin der Grünen.

Madeleine Graf-Rudolf, Belp (Grüne). Der Bericht beschreibt den Ist-Zustand. Wir Grünen wünschen uns jedoch, dass sich die GEF grundsätzlich mit diesem Thema auseinandersetzt. Es wäre auch wichtig, dass sich Herr Regierungsrat Schnegg und Frau Regierungsrätin Häslar gemeinsam mit diesem Thema auseinandersetzen, denn es braucht in der Schule ausreichende Ressourcen, um pädagogisch sinnvolle Massnahmen und Möglichkeiten sicherzustellen.

Den Grünen fehlt im Bericht das Aufzeigen und Einleiten konkreter Massnahmen, die zu einer weiteren Reduktion des Ritalinkonsums führen. Solange die Kinder in der Schule wie Fischstäbchen der Norm zu entsprechen haben, weil es an Lehrkräften mangelt oder weil es die Bildungslandschaft

so verlangt, sind weitere Bestrebungen nötig. Die Neigung zu ADHS ist stark genetisch und biologisch bestimmt. Aber es muss nicht immer Ritalin sein. Kinder mit ADHS haben, wie andere Kinder, individuelle Stärken und Schwächen. Wie bei anderen Kindern sollte man darauf achten, die Stärken ins Zentrum zu setzen. Es gibt gewisse Punkte, die man beachten muss. Im Unterricht gibt es kleine Hilfestellungen mit grosser Wirkung. Es gibt Merkmale eines Unterrichts, von dem Schülerinnen und Schüler mit ADHS besonders profitieren. Jede Unterrichtsform kann geeignet sein, wenn man ein paar Punkte beachtet. Ich empfehle Ihnen, den Schlussbericht der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in Zürich mit dem Titel «Förderliche Unterrichtsbedingungen für Schulkinder mit einer ADHS» zu lesen. Der Planungserklärung der SP-JUSO-PSA-Fraktion stimmen wir zu. Mit deutlicher Mehrheit nehmen wir Grünen den Bericht nicht zur Kenntnis.

Anne Speiser-Niess, Zweisimmen (SVP). Der Bericht, den wir vom Regierungsrat erhalten haben, wurde nicht zuletzt aufgrund der Motion Seiler verfasst, wovon die Ziffer 1 als Postulat angenommen wurde. Die medikamentöse Therapie mit Methylphenidaten wie Ritalin, welches bestens bekannt ist, ist heute leider zum Teil salonfähig geworden. Die unnötige Verabreichung von Ritalin soll untersagt werden. Kinder, die unter einer ADHS leiden, sind da besonders betroffen. Es sind aber auch die Eltern, die Lehrpersonen und so weiter, die Druck ausüben, damit solche Kinder einen sogenannten «normalen» Umgang mit den anderen Mitgliedern der Gesellschaft pflegen können. Der Regierungsrat erklärt im Bericht, es werde alles unternommen, um unnötige Verabreichungen zu verhindern. Gewisse Aussagen werden jedoch mit Zusätzen wie «in der Regel» oder «Somit ist eine medikamentöse Behandlung immer zweite Wahl.» versehen, und es wird gesagt, dass die Anzahl Diagnosen zugenommen habe. ADHS liegt im Trend, und es wird versucht, die Störung mit medizinischen oder psychologischen Mitteln zu korrigieren. Es wird lediglich empfohlen, den Trend in Sachen Arzneimittelabgabe weiterhin zu verfolgen und bei Bedarf frühzeitig Massnahmen zu treffen. Wir haben festgestellt, dass es nicht ganz klar ist, welche Massnahmen dies sein sollen. Über die Vertrauenswürdigkeit betreffend die Effizienz der Umsetzung dieses Postulats haben wir diskutiert. Ich möchte zum Beispiel auf die Tatsache hinweisen, dass Jungen von solchen Störungen viel stärker betroffen sind als Mädchen. Die SVP-Fraktion nimmt diesen Bericht mit grossem Mehr zur Kenntnis. Wenige Mitglieder lehnen die Kenntnisnahme ab. Die Planungserklärung lehnen wir ab.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP). Um es vorwegzunehmen: Die EVP-Fraktion nimmt Kenntnis von diesem Bericht und findet es in Ordnung, den Vorstoss jetzt abzuschreiben. Aus EVP-Sicht ist es ein interessantes Faktum, dass uns als Politikerinnen und Politikern in diesem Bericht eigentlich über ein gesellschaftspolitisches Problem Auskunft gegeben wurde. Was die Abgabe verschreibungspflichtiger Medikamente angeht, stehen uns hingegen keine Instrumente zur Verfügung. Deshalb konzentriere ich mich als EVP-Sprecherin auch auf die erwähnte gesellschaftspolitische Realität und auf die im Bericht erwähnten Massnahmen zur Verbesserung der Situation von ADHS-Betroffenen.

Erstens ist es beruhigend zu wissen, dass die Fachleute in den medizinischen Praxen, in den Anlaufstellen und in den Schulen gute, sorgfältige und zielführende Arbeit leisten. Herzlichen Dank dafür. Wir sind auch froh darüber, dass medikamentöse Therapien laut Bericht immer in Begleitung oder im Nachgang zu anderen therapeutischen Massnahmen vorgenommen werden. Zweitens ist es für die EVP-Fraktion mit ihrem Menschenbild wichtig, dass Kinder in ihrer Originalität und in ihrer Einzigartigkeit wahrgenommen und akzeptiert werden, sowohl zu Hause als auch in der Schule, und nicht a priori korrigiert oder normiert werden. Doch nun kommt das «Sowohl-als-auch» ins Spiel: Dort, wo Leidensdruck besteht, wollen wir uns als EVP-Fraktion dafür einsetzen, dass die erwähnten pädagogischen Massnahmen aus dem Bericht umgesetzt werden können. Ein solcher Leidensdruck ist durchaus vorhanden, sei es bei Lehrpersonen, bei den Eltern oder bei den betroffenen Kindern. Es ist unbestritten, dass zum Beispiel kleinere Klassen, Teamteaching oder Bewegungsangebote, um nur ein paar Beispiele zu nennen, Ressourcen benötigen. Dort wollen wir als Politikerinnen und Politiker ansetzen und für gute Rahmenbedingungen sorgen. In diesem Sinn unterstützt die EVP-Fraktion auch die Planungserklärung der SP-JUSO-PSA-Fraktion, die ein funktionierendes und unterstützendes Schulumfeld für alle Kinder fordert, nicht nur für die ADHS-Betroffenen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion spricht Grossrat Jordi.

Stefan Jordi, Bern (SP). Es geht hier um den Bericht, den der Regierungsrat vorgestellt hat. Ich denke, das Fazit des Berichts ist wichtig, nämlich, dass im Kanton Bern die Anzahl Fälle und die

Verschreibungen von medikamentösen Therapien im Vergleich zu anderen Kantonen, aber auch zum Ausland normal sind. Wie meine Vorrednerin gesagt hat, sind die parallel zur medikamentösen Therapie stattfindenden Angebote und insbesondere das schulische Arrangement für die betroffenen Kinder wichtig. Dort setzt die SP-JUSO-PSA-Fraktion an. Wir gehen mit dem Regierungsrat darin einig, dass die Entwicklung und Sicherstellung eines guten pädagogischen Umfelds am sinnvollsten ist, um möglichst wenige Medikamente zu verschreiben und die betroffenen Kinder zu begleiten. Wenn man eine solche integrative Schule will, braucht es eben auch entsprechende Massnahmen sowie die Sicherstellung dieser Massnahmen. Dazu gehören beispielsweise Bewegungsangebote, die Möglichkeit der Reizabschirmung und so weiter. Grossrätin Gabi hat es gestern gesagt, als sie unsere Planungserklärung vorgestellt hat. Aber dies gibt es nicht umsonst. Dazu braucht es die nötigen Ressourcen. Gerade wenn man an den Spardruck denkt, der in diesem Umfeld im Kanton herrscht, ist es wichtig, dass die GEF hier mit der ERZ zusammenarbeitet und solche Angebote sicherstellt. Dies wird bereits getan, das ist gut, es findet bereits eine gute Zusammenarbeit statt. Aber es gibt Defizite, etwa bei der Anzahl Heilpädagoginnen und Heilpädagogen. Deshalb erstaunt es ein wenig, dass es hier drin Leute beziehungsweise Fraktionen gibt, die diese Planungserklärung ablehnen, die – wie es der Regierungsrat empfiehlt – Massnahmen in diesem pädagogischen Bereich umsetzen will. Ich danke allen, die unsere Planungserklärung unterstützen. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Um es vorwegzunehmen: Wir nehmen den umfassenden Bericht dankend zur Kenntnis. Zuerst ein paar Zahlen, die ich aus dem Bericht herausgegriffen habe. Wir sprechen von maximal 4 Prozent aller Kinder, die eine ADHS-Diagnose haben. Davon wird weniger als die Hälfte mit Ritalin behandelt, und diese Behandlung erfolgt zumeist vorübergehend. Es sind somit kleine Zahlen. Ritalin wird im Kanton Bern und in der ganzen Schweiz, aber auch im internationalen Vergleich in einem vergleichbaren Umfang abgegeben. Seit 2011 sind die Verkaufszahlen stabil. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) monitorisiert diese, denn bei der Abgabe solcher Medikamente handelt es sich um einen einschneidenden Eingriff, den man auf dem Radar behalten muss. Es gibt andere Therapieangebote und alternative Arrangements sowie Fach- und Beratungsstellen und Fachpersonen, die konsultiert werden können. Das Wichtigste ist Folgendes: Das kantonale strategische «Konzept Sonderschulbildung» soll das Angebot und die Organisation der schulischen Fördermassnahmen noch verbessern. Wir sind hier dran. Es ist etwas sehr Wertvolles. Es geht um schulische Angebote, die nicht nur für Kinder mit ADHS da sind, sondern für alle Kinder, die eine Sonderschulbildung benötigen. Nun zur Planungserklärung von Grossrätin Gabi. Aus unserer Sicht sieht es so aus, als würde man aus einem Gesamtkonzept etwas herauspicken, indem man nur die ADHS-Kinder vermehrt anschaut. Nein, wir wollen, dass das Gesamtkonzept angeschaut wird. Deshalb lehnen wir die Planungserklärung ab.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Die EDU-Fraktion ist dankbar für den aufschlussreichen Bericht der Regierung, der die verschiedenen Herausforderungen gut darstellt. Wir sind erleichtert darüber, dass sich die Zahlen seit 2011 stabilisiert zu haben scheinen, wenn auch auf einem doch relativ hohen Niveau. Eine Mehrheit der EDU-Fraktion lehnt die vorliegende Planungserklärung ab, weil sie uns zu offen formuliert ist.

Abschliessend möchte ich noch auf eine Problematik hinweisen, die aus meiner Sicht im Bericht vernachlässigt wurde. Es geht um das Problem der möglichen Fehldiagnosen. Verschiedene Fachpersonen, die sich intensiv mit Autismus-Spektrum-Störungen beschäftigen und mit denen ich in Kontakt stehe, sind der Ansicht, dass es oft auch zu falsch-positiven ADHS-Diagnosen kommt, und dass Jugendliche mit Autismus-Spektrum-Störungen zu selten erkannt werden. Einen weiteren Bereich möglicher Fehldiagnosen führt Bruce D. Perry auf, ein führender Kindertraumaspezialist aus den USA. Gemäss ihm können Traumafolgestörungen Dissoziationen oder Übererregungsreaktionen verursachen und damit zu Symptomen führen, die mit jenen des ADHS in Verbindung gebracht werden. Ich schliesse mit einem Zitat aus seinem Buch «Der Junge, der wie ein Hund gehalten wurde»: «Wir sind zu der Auffassung gelangt, dass viele posttraumatische psychiatrische Symptome in Wirklichkeit mit Dissoziations- oder Übererregungsreaktionen in Verbindung stehen, die bei der Erinnerung an das Trauma auftreten. Diese Reaktionen können Menschen helfen, das unmittelbare Trauma zu überleben; wenn sie jedoch bestehen bleiben, können sie schwerwiegende Probleme in anderen Bereichen des Lebens verursachen.» Nochmals ein Danke an die Regierung. Ich denke, wir werden dieses Thema ein andermal wieder genauer anschauen.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (BDP). Der Bericht sollte uns aufzeigen, ob die Abgabe von Methylphenidat an Kinder und Jugendliche im Kanton Bern ein zunehmendes Problem sei. Das Resultat zeigt zwar einen starken Anstieg bis zum Jahr 2011, aber danach blieb die Abgabe stabil. Es wird dargelegt, dass die Zahlen des Kantons Bern mit denjenigen anderer Kantone vergleichbar sind, und dass bereits andere Therapieangebote bestehen. Der Regierungsrat bestätigt uns mit diesem Bericht, dass viel getan wird und eine Weiterentwicklung permanent stattfindet. Wir nehmen den Bericht deshalb so zur Kenntnis und stimmen auch der Abschreibung des Postulats zu.

Zur Planungserklärung SP-JUSO-PSA, Gabi und Jordi: Den ersten Satz könnte man annehmen, weil wir dies bereits tun. Aber für uns ist es nicht angezeigt, spezielle Massnahmen mit Planungserklärungen in den Vordergrund zu rücken. Der zweite Satz verlangt mehr Ressourcen. Der BDP reichen jedoch die Bemühungen und Anpassungen, die gemäss Bericht vorgesehen sind. Mehr Ressourcen will die BDP nicht sprechen. Deshalb lehnt die Fraktion der BDP diese Planungserklärung ab.

Präsident. Ich gebe dem Motionär das Wort. Seine Motion hat zu diesem Bericht geführt. Grossrat Seiler hat das Wort.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Dies ist ein «Kreativitätsarmuts-Bericht». Stimmen Sie gegen diese Abschreibung! Kinder kommen mit ureigenen, einzigartigen inneren Fähigkeiten, mit einer eigenen Botschaft und mit viel Vertrauen auf die Welt. In familiärer, wärmender und freudiger Umgebung gedeihen sie prächtig und entwickeln selbstständig ihren Urgrund für das Menschsein, frei und ohne Anweisungen. Dann kommt, viel zu früh und jedes Jahr stärker, das Eingespant-Sein in die Futterkrippe der Schule. Wenn dieses Futter Übelkeit verursacht, wird das Kind dem Psychiater vorgeführt. Wenn die Krankheit ADHS festgestellt wird, bekommt der Schüler Psychopharmaka, damit der Schulstoff dem Schüler bekömmlich werden soll.

Viele Ärzte und Hirnforscher, wie zum Beispiel Remo Largo und Gerald Hüther, haben eine radikal andere Sichtweise. Diese entspricht auch meiner fünfzigjährigen Erfahrung mit Kindern. ADHS ist keine Krankheit, es ist eine Besonderheit. Diese Kinder können sich mit diesem Schul-Einheitsbrei nicht gesund ernähren. Sie können ihre ureigenen Fähigkeiten nicht entwickeln und sie der Welt nicht zeigen. Ihre Fähigkeiten werden immer mehr mit Müll zugeschüttet. Dies sind traumatische Erfahrungen, die die Kinder blockieren und hemmen. Verzweifelte Enthemmungsausbrüche dieser Gehemmten werden so zu Amoktaten. Wir stehen hier vor der Grundsatzfrage: Wollen wir weiterhin Kinder für diese sieche Welt in der Reparaturschule zurechtbiegen und zwangsumerziehen und Ja zu diesem Bericht und dem Antrag der Schule sagen? Oder sagen wir hier und jetzt Nein für einen Neuanfang für diese unerkannten Kinder, die sich in dieser Welt als Fremde fühlen? Ich helfe gerne mit, neue Ideen zu entwickeln.

Präsident. Ich gebe dem Gesundheitsdirektor das Wort.

Pierre Alain Schnegg, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Le rapport qui vous est soumis vous donne un bon aperçu de la situation. En résumé, je relèverai les points suivants: la prescription de méthylphénidate s'est accrue jusqu'en 2011. Depuis lors, aucun signe d'augmentation n'a été constaté. Le méthylphénidate est prescrit uniquement si une grande souffrance a été mise en évidence, et si d'autres mesures thérapeutiques sont conjointement mises en œuvre. Les diagnostics établis soigneusement avec le concours de spécialistes, permettent d'éviter les faux positifs conduisant à des thérapies inutiles. En recourant à des méthodes adaptées, et en mettant en place des formations spécifiques destinées aux enseignants, spécialisés ou non, il est possible de limiter les besoins en traitement médicamenteux des enfants atteints du trouble déficitaire de l'attention avec ou sans hyperactivité (TDAH). A l'instar de la Confédération, le canton de Berne n'a donc aucune raison de restreindre l'utilisation de ce médicament déjà soumis à la surveillance des autorités sanitaires. C'est pourquoi le gouvernement vous invite donc à prendre connaissance de ce rapport. Pour ce qui est de la déclaration de planification, aujourd'hui déjà de nombreuses mesures ont été prises. Cette année, je suis venu devant vous, vous demander une rallonge budgétaire exactement par rapport à cette thématique. Pourquoi? Parce que nous avons autorisé plus de classes que prévu, parce que nous avons autorisé un suivi «1:1» pour des enfants le nécessitant. Nous sommes bien entendu en contact avec la Direction de l'instruction publique, tout particulièrement dans le cadre de la stratégie pour la pédagogie spécialisée, qui rejoindra cette direction dans peu de temps, raison pour laquelle je vous invite à rejeter cette déclaration de planification.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Zuerst stimmen wir über die Planungserklärung ab. Wer die Planungserklärung der SP-JUSO-PSA, Gabi und Jordi, annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Planungserklärung SP-JUSO-PSA [Gabi Schönenberger, Schwarzenburg / Jordi, Bern])

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	61
Nein	88
Enthalten	1

Präsident. Sie haben die Planungserklärung abgelehnt mit 61 Ja- zu 88 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wir kommen zur Kenntnisnahme des Berichts. Wer den Bericht zur Kenntnis nehmen will, stimmt Ja, wer die Kenntnisnahme ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Kenntnisnahme

Ja	139
Nein	8
Enthalten	3

Präsident. Sie haben den Bericht zur Kenntnis genommen mit 139 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.